

**Drucksachen
der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin
IV. Wahlperiode**

| | | | |
|--|---|----------------|-----------------|
| Antrag Aktueller Initiator: Fraktion der CDU Reschke Ursprungsdrucksachenart: Antrag, Ursprungsinitiator: Fraktion der CDU Reschke | Drucksachen-Nr: 1919/IV Ursprungs-Datum: 10.02.2015 Aktuelles Datum: | | |
| Kennzeichnung des SS-Zentralbodenamts | | | |
| Beratungsfolge: | | | |
| <i>Datum</i> | <i>Gremium</i> | <i>Sitzung</i> | <i>Ergebnis</i> |
| 19.02.2015 | BVV Mitte | BVV-M/0037/IV | |

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht zu prüfen, wie ein Gedenkobjekt zur Kennzeichnung des vormaligen „SS-Zentralbodenamtes“ an der Friedrichstraße 110/112 zu errichten. Die Arbeitsgruppe Geschichte erhält den Auftrag, einen Textvorschlag in Verbindung mit geeignetem Bildmaterial zu erarbeiten.

Begründung:

Von 1940 bis 1944 residierte das Zentralbodenamt der SS im Gebäude Friedrichstraße 110/112. Es unterstand dem „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“. Mit dieser von Heinrich Himmler ausgeübten Funktion sollten im Zuge der Eroberungskriege in Osteuropa Siedlungsräume für Deutschstämmige geschaffen und die dort lebende Bevölkerung vertrieben werden.

Das SS-Zentralbodenamt war ein zentraler Bestandteil dieser Bestrebungen. Im Gebäude Friedrichstraße 110/112 wurde im Rahmen des „Generalplans Ost“ die Erfassung, Beschlagnahme und Überführung des Besitzes der einheimischen Bevölkerung geplant, wobei zahlreiche deutsche Studenten bei der Erfassung assistierten. Die Folge waren Enteignung, Zwangsarbeit und Deportation. Dieser Aspekt des deutschen Vernichtungskriegs im Osten steht nicht immer im Vordergrund. Der Antrag verfolgt das Ziel, an einem konkreten Ort an dieses Verbrechen zu erinnern.

Ergebnis

- beschlossen
- beschlossen mit Änderung
- abgelehnt / i.d. Sache erl.
- zurückgezogen
- überwiesen in den _____

_____ (federführend)